

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 190 (2024)

Heft: 11

Artikel: Ausflüchte statt Taten : wo kein Wille, auch kein Weg

Autor: Arnold, Michael

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1063626>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ausflüchte statt Taten – wo kein Wille, auch kein Weg

Auch hochgerüstete Friedensbrecher leben in absurdem, gefährlichen Parallelwelten. Keine gute Nachricht für die terrorisierte Ukraine und ganz Europa. Realitätsfremd Friedensgesten huldigen, verdrängen, durchwurzeln. Der Krieg ist längst bei uns angekommen. Fast wehrlos geworden, leisten wir uns das übliche politische Hickhack.

Michael Arnold

Seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine sind 34 Monate vergangen. So lange also wütet der brutale Krieg schon gegen ein Land, das selber niemand angegriffen hat – und dem beizustehen auch die Schweiz nach der UNO-Charta das Recht hätte. Nach anfänglichen vollmundigen Proklamationen zur Nachrüstung unserer Armee, die längst nicht mehr verteidigen kann, streitet sich die Politik wieder um fast alles, endlos. Und alles scheint (fälschlicherweise) eine Frage des Geldes zu sein, unterlegt mit ideologischen Motiven von glatter «Wehrverweigerung» bis zur scheinheiligen «Neutralitätsverklärung», je nach politischer Couleur. Trotz einiger positiven Anzeichen ist die Handlungsblockade längst nicht aufgehoben. Die Schweiz gibt damit dummerweise genau das Bild ab, das man ihr im Ausland unterstellt: reich, geizig, uneinig, verlogen, trittbrettfahrend.

Der Befund wiegt schwer. Realitätsverweigerung mit dem Resultat: Zeit vertan, Handlungsfreiheit verloren, Ruf ruiniert.

«Weil nicht sein kann, was nicht sein darf»

Diese Folgerung, die der Dichter Christian Morgenstern im Gedicht über die «unmöglich Tatsache» zieht, passt zum gegenwärtigen System von Ausflüchten. Es ist doch nicht abwegig, wenn man von Bundesrat und Parlament verlangt, die seit über zehn Jahren zunehmend gefährliche sicherheitspolitische Lage in Europa wahrzunehmen, realistisch zu beurteilen und in eine neue Verteidigungspolitik überzuführen. Dazu haben die Nachrichtendienste längst eindeutige Grundlagen geliefert, sind uns die NATO und EU längst mit Aufrüstungsmassnahmen vorausgegangen, dazu drängt immer bedrohlicher der unaufhörliche russische Angriffskrieg.

Doch nichts geht. Den einen passt die neue Bedrohung nicht ins Weltbild, den anderen die Armee nicht in den Geldbeutel. Da

und dort wird ein Bericht eingefordert, ein Staatssekretariat eingerichtet, ein runder Tisch abgehalten, doch der Sache nützt es kaum – und erst recht nicht schnell. Denn die Regierung geht nicht voran, hat weder Konzept noch Konsens in der Verteidigungspolitik beziehungsweise Armeenachrüstung, verkauft Austerität als absolute Staatsraison. Das Parlament tut sich genauso schwer, straft Vorschläge in wechselnden (auch «unheiligen») Allianzen ab, will überall dreinreden, lässt sich viel Zeit, spricht notorisch zusätzlich Geld für alles Mögliche.

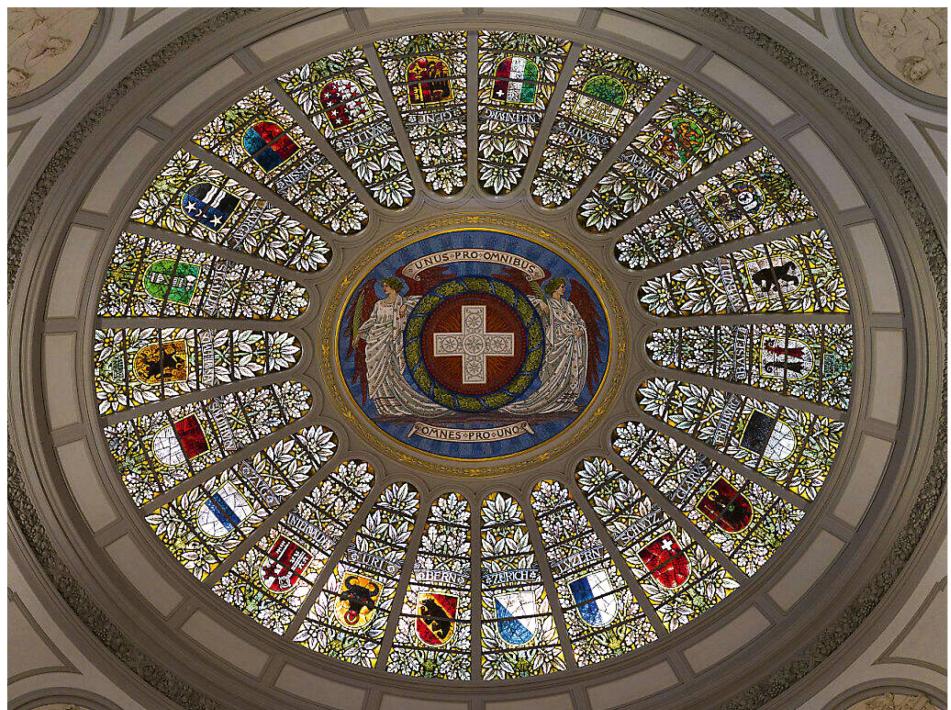
Und wird das Volk befragt, so scheint die Mehrheit noch immer nicht zu begreifen, dass die Sicherheit der Schweiz kein gewöhnlicher Konsumartikel ist und endlich viel mehr Mittel braucht. Dass es Freiheit und Wohlstand zu verteidigen gilt, dass es Opfer braucht. Über nichts Unbeliebteres schweigt die Politik denn auch so zuverlässig und

eisern. Es ergeben sich eben daraus keine verlockenden Wahlslogans mit Versprechungen aller Art. Das politisch orchestrierte Ausblenden der Realität jedoch hält den Bürger letztlich zum Narren. Das Spiel ist vielleicht gar so gewollt. Auch in einer direkten Demokratie wäre politische, ehrliche Führungsleistung eine Systemvoraussetzung. Doch was, wenn die Bürgerinnen und Bürger selber auch lieber den Kopf in den Sand stecken?

«Kommt Zeit, kommt Rat»

Dieses geflügelte Wort drückt zwar eine gewisse Zuversicht aus, dass sich für Probleme im Laufe der Zeit von selbst Lösungen finden. Geht man allerdings (zu Recht) davon aus, dass strategische Führung vor allem auf Realitätssinn, Voraussicht und der Fähigkeit rechtzeitiger Entscheide beruht, erkennt man auch die Falle des «Aussitzens». Es ist offensichtlich, dass sich Bundesrat und Parlament wieder alle Zeit lassen, in Fortführung der jahrzehntelangen Vernachlässigung von Sicherheitspolitik, Armee und Zivilschutz. Halbherzig etwas mehr Geld für die Armee: Der Tropfen auf den heissen Stein zur Befriedigung der Gemüter und Gewissen. Keine «Zeitenwende» wie 2022 proklamiert. Keine beherzten Taten, sondern Symbolpolitik.

Doch die Zeit vergeht, unablässig, und vorbei ist vorbei. Die Vorwarnzeit seit der



Kuppel des Parlamentsgebäudes in Bern: filigrane Ästhetik und erhabene Symbolik. Das mahnende Wort in Schillers «Wilhelm Tell» fehlt jedoch: «Seid einig, einig, einig.» Sicherheit wollen alle, eine starke Armee aber niemand. Den noch viel teureren Krieg will man auch nicht. Dann lieber den Aggressor? Bild: ZEM



Generalleutnant Jürgen-Joachim von Sandrart: verteidigt die baltische NATO-Flanke, warnt vor Putins Russland, verlangt mehr Tempo und andere Prioritäten bei der Aufrüstung. Bild: Bundeswehr

Besetzung der Krim 2014: ungenutzt. Die Warnzeit seit dem russischen Überfall auf die Ukraine 2022: ungenutzt. Die Nachrüstungsinitiative der NATO: promt als zu spät belächelt. Und all das mit einer nicht verteidigungsbereiten Armee im Rücken. Wohlwissend, dass eine Milizarmee doppelt so lange braucht für einen Wiederaufbau als eine Berufsarmee und dass die zu schliessenden Fähigkeitslücken immense Ausmasse haben – materiell, personell, doktrinal und finanziell. Die umstrittene zusätzliche Milliarde jährlich: unehrliche Spiegelfechterei bei fehlenden 50.

Strategische Führung ohne entsprechende Urteilskraft, Gestaltungswillen und Disziplin ist unbrauchbar. Beweis dafür ist der Finanznotstand des Bundes. Bis heute weiss zudem niemand, wohin und wie der Bundesrat die Armee wieder aufzubauen gedenkt. Das «Schwarze Buch» des Armeechefs von Mitte 2023 erscheint als Versuchsballon, die Zeilen in der Armeebotschaft 2024 suggerieren nur eine umfassende Antwort. Ob «Schwarzpeterspiel» oder «von allem etwas»: Nach einiger, entschlossener und bedrohungsgerechter Führung sieht das nicht aus. Und so sieht es auch die zitierte Spruchweisheit: Schmerzhafte Entscheide werden unter Auslassen der Verantwortung dem Gang der Dinge zugeschoben. Wieder und wieder.

«Deus ex machina» in Form der Schuldenbremse

Kriegstauglichkeit als Mittel der Kriegshinderung, ein unbequemer Schlüsselbegriff, der sich seit Jahrzehnten nicht mehr in Sicherheitspolitischen Berichten der Schweiz finden lässt. Die NATO erfindet ihn wieder neu, derweil er bei uns als günstiger zu bewirtschaftendes «Restrisiko» weiter dahinzuwärmern scheint. Es ist aber keine Frage, dass unsere Armee der reale und auch verfassungsmässig vorgesehene Eckpfeiler zur Kriegshinderung und Verteidigung ist. Kriegerische Aggressoren kennen nur diese Sprache, sie sind im äussersten Fall nur mit Gewalt zu stoppen und zu besiegen. Unsere Armee ist auf ein Niveau heruntergefahren worden, dass nur ein langjähriger, nachhaltiger Aufwuchs zu einer ernst zu nehmenden Verteidigungsfähigkeit zurückführt. Und die Zeit arbeitet dagegen, weil unsere Reaktion durch allerhand Ausweichmanöver immer wieder hinausgeschoben wurde und wird.

So wird es also immer teurer, es wird ein Flickwerk auf die Schnelle, es wird eine Herkulesaufgabe für die nächsten 20 Jahre. Doch reicht die Zeit? Woher kommt das Geld? Woher kommen die zusätzlichen Soldaten und Zivilschutzleistenden? Woher kommt der Rück im Land zu vermehrten Opfern? Woher

der Wehrwille? Fragen über Fragen, unlösbare Probleme wie in der griechischen Tragödie. In der schweizerischen Realität wird alles aufs Geld konzentriert. Die erschreckende Feststellung: Es fehlt schon für anderes als die nachzurüstende Armee.

Das Parlament, nicht weitsichtiger als der Bundesrat, sieht die Lösung weniger in einem der bedrohlichen Situation angemessenen ausserordentlichen Ansatz, als in der mantrahafte Anrufung der Schuldenbremse: Ja keine «Finanzierungstricks» ausserhalb des ordentlichen Haushalts. Das heisst für die einen Sparen in anderen Bereichen, obwohl das von vornherein unrealistisch ist, für die anderen Strecken der Aufrüstung bis zu dem fernen Tag, wo alles gemäss «Prinzip Hoffnung» wieder anders (sprich vorüber) sein könnte. So wird die Schuldenbremse als nicht ganz unerwartet auftauchender Retter von «oben» zum Konfliktlöser: Die zur politischen Gestaltung unfähige Politik erhält die «Generalabsolution», die Realität hat sich danach zu richten. Weiter reicht die politische Fantasie nicht.

Die Armee: «Trachtenverein» – Verulkung des Volkes

Die Herbstsession der Räte spiegelte die mangelhafte Ernsthaftigkeit, politische

Engstirnigkeit und ideologische Dauerwahlkampfrhetorik bei der Suche nach einer Milliarde mehr Geld für die Armee pro Jahr. An Gehässigkeit kaum zu überbieten, stritt man über einen erhöhten Zahlungsrahmen für die Armee, der das Ein-Prozent-BIP-Niveau bis 2030 statt 2035 (wie vom Bundesrat nach offenbar unverantwortlicher Risikobeurteilung hinausgeschoben) erreichen will. Der NATO-Vergleich mit minimal zwei Prozent in Friedenszeiten wird natürlich schamhaft verschwiegen. Obwohl nicht einmal verbindlich, da lediglich ein Planungsinstrument, gingen die Wogen hoch bis zur linken Armeeabschaffungskeule «Trachtenverein». Der Stich gegen die Milizarmee hat Methode: Sie soll weg, das Geld in die weitere soziale Umverteilung einfließen.

Wenn die Debatte eines zeigt, dann dies: Die Bundesverfassung mit ihren in Reihenfolge deklarierten Staatsaufgaben (Sicherheit an erster Stelle) wird nach Belieben interpretiert, die Räte reden aneinander vorbei, spinnefeindliche Pole verbünden sich plötzlich zur Verhinderung. Gemessen an der Größenordnung des «Streitwertes» muss sogar mit der NZZ von einer Peinlichkeit gesprochen werden, lassen wir uns doch die Gesundheit in der Schweiz jährlich 92 Milliarden, also volle 12 Prozent der Wirtschaftsleistung, kosten (bei einem mutmasslichen Sparpotenzial bis 30 Prozent). In diesem Lichte möchte man eher vom «Bettelorden» Armee sprechen, auf Sparalmosen anderer in ihren «Silos» wohlgeborgenen Departemente hoffend, «Gott vergelt's». Die in «Sonntagspredigten» sonst so besungene Milizarmee wird dadurch regelrecht vorgeführt.

Das notorische Nichtwollen, koste es was es wolle – und sei es auch der gute Ruf –, das kompromisslose Durchsetzen politisch fragwürdiger Positionen selbst mit Diffamierungen passt nicht zum Demokratieverständnis der Schweiz. Mündigkeit und Respekt vor Bürgerinnen und Bürgern sind nicht parteibuchabhängig. Die wehrpflichtigen Soldaten derart abzurütteln, missachtet den vielgepriesenen Volkswillen. Dieser hat in jüngster Geschichte mehrmals und grundsätzlich für die Armee entschieden. Man kann natürlich auch das ausblenden, wenn es nicht passt.

Eine «Reform an Haupt und Gliedern»?

Die Drückebergerei in der Schweizer Sicherheits- und Verteidigungspolitik zieht unver-

wandt ihre Bahn. Heisse Eisen werden nicht oder nur indirekt thematisiert und kaum in zukunftsähnlichem Sinn weiterentwickelt. Eine Neutralität, auf dem Weltbild von 1907 fußend, soll gar in die Verfassung geschrieben werden. Kooperationen der Armee mit der NATO oder EU wollte man auch verbieten. Welche Sorge treibt die Initianten denn um, garantiert doch de facto nur noch die NATO militärische Sicherheit auch für die Schweiz? Passend dazu die bedenklich laue Solidarität mit der Ukraine, die Vorurteile gegenüber den USA und das abstrus gekünstelte Verständnis für Russland. Der Politbetrieb müsste sich verabschieden von einigen der eigenen Deutungshoheit diegenden Märchen und sich der Sachpolitik zuwenden. Er müsste das Land einen und führen.

Die Armee müsste einen echten Aufwuchs planen und umsetzen können. Die politischen Eckwerte dürften nicht im Jahrestakt beispielsweise chaotischen Budgetdebatten ausgesetzt sein. Eine Anschubfinanzierung wie im Ständerat im Sommer leider abgelehnt, müsste die notwendige Dynamik auslösen. Aber auch die Personalengpässe gälte es zu beseitigen: Die Armee ist mit 140 000 Angehörigen für einen Aufwuchs um einen Dritt unterdotiert (niemand will das wahrhaben), ja der gegenwärtige Bestand ist nicht einmal mehr über 2030 hinaus gesichert. Der Zivilschutz bräuchte 72 000 Angehörige, hat aber aktuell nur 60 000 und ab 2030 nur noch 50 000. Und die 6600 Wehrpflichtigen, die jedes Jahr in den zivilen Ersatzdienst abwandern? Mehr Geld nützt nichts, wenn das Personal nicht nachgezogen, wenn die Wehrpflicht nicht wieder verwesentlich werden kann.

Die Armee hat schon zu lange Fähigkeitslücken und Materialausstände «verwalten» müssen. Die flächendeckende Ausrustung zu erreichen, ist nie ernsthaft angegangen worden, es wird immer schwieriger. Das vorhandene Material ist oft zu alt und nicht vermehrbar, neues Material ist anders und muss separat ausgebildet werden. Fähigkeitslücken lassen sich noch weniger schnell schliessen, weil oft komplexe Beschaffungen notwendig sind, ganz zu schweigen von doktrinalen Kurskorrekturen. Es ist nicht sicher, ob diese schwierigen Aufgaben in den heutigen VBS-Strukturen abgewickelt werden können. Auch die Struktur der Armee nach 2030/35 dürfte nicht automatisch die heutige sein. Was heute eher verharmlosend als schrittweise

Weiterentwicklung gesehen wird, könnte vielleicht besser in einer klaren Reform aufgefangen werden.

Wohin geht da die Reise? Wo sind die Pläne des Bundesrates? Derweil wir des langen Wartens Ärger zu schlucken haben, steigt das Risiko. Und was, wenn die Armee in fünf Jahren anzutreten hätte, quasi so wie sie heute ist? Dazu mit einer 15 Jahre alten Einsatzdoktrin. Könnte sie wenigstens intelligent improvisieren? Man darf nicht daran denken ...

Weckruf der NATO: Wettlauf gegen die Zeit

So oder so: Die Schweizer Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Aufwuchs der Armee zum ursprünglich nach Verfassung verteidigungsfähigen Instrument der Politik ist ein Kraftakt sondergleichen. Noch haben wir eine Chance, wenn wir den Tritt mit der NATO nicht verlieren. Generalleutnant Jürgen-Joachim von Sandrat, Bundeswehr, warnt vor einem nächsten Übergriff Russlands. Moskau habe das Potenzial, einen weiteren Konflikt zu entfachen, unter anderem auch gegenüber der NATO, sagt der NATO-General. «Diese Bedrohung ist existent. Und sie wächst mit jedem Tag.» Es seien «längst nicht alle Kräfte Russlands in der Ukraine gebunden. Russland klein zu hoffen und zu denken, das wäre ein existenzieller Fehler».

Die NATO sei an der Nordost-Flanke zwar aktuell verteidigungsbereit, sagte von Sandrat. «In dem Masse aber, wie Russland weitere Ressourcen frei machen könnte, weil es zum Beispiel in der Ukraine von Angriff auf Verteidigung der besetzten Gebiete umschalten würde, erhöht sich für andere Flanken und Fronten automatisch die Bedrohung.» Deswegen «müssen wir dringend und konsequent nachlegen», fordert der General. Es handele sich um einen Wettlauf gegen die Zeit: «Wir müssen vorbereitet sein, bevor Russland rekonstituiert ist.» NATO und Bundeswehr müssten die Zeit ohne offenen Konflikt nutzen, «um kriegstauglich zu werden – was am Ende den Krieg verhindern kann», sagte er in diesem Interview (Interview in «Welt», 3. Juli 2024).



Oberst i Gst a D Michael Arnold
lic. phil. II
Redaktor ASMZ
michael.arnold@asmz.ch
6006 Luzern